Cooler Ort für Kunst
Anja Apel zur Robotron-Kantine
» Seite 4

Weil Bedarf besteht
Mehr Gemeinschaftsschulen
für Dresden » Seite 5

Babytaugliche Wohnung
Erstausstattung für Schwangere
» Seite 7

Ausgabe 04

»Daten sind das Öl des 21. Jahrhunderts«

Katharina Hanser zur Smart-City-Strategie

VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

Juli/August 2023

Hörbare Kritik, spürbare Veränderung

Kritik braucht eine Stimme, aber am Ende auch spürbare Veränderungen – egal, ob es um die Haushaltssperre, die Lebensbedingungen Armutsbetroffener oder das selbstherrliche Amtsverständnis des Oberbürgermeisters geht.
» Seiten 2, 3 und 7

Nur mit links

Der Unterschied zwischen Rechten und LINKEN: Erstere treten nach unten, letztere legen sich mit den Mächtigen an

Am 4. Juli fand die Fête de l'Europe in Dresden statt. Der Stargast aber hatte abgesagt. Emmanuel Macron blieb in Paris, in dem Unruhen wüteten. Es waren unter anderen Mitglieder der LINKEN, die am Rande des Festes an den Auslöser der Proteste erinnerten – der Tod des jungen Nahels aus den Banlieues von Paris, den Vororten, die sinnbildlich für die sozialen Verwerfungen in einem reichen Land stehen. Macron indes versucht die Scherben seiner und der Politik seiner Vorgänger aufzukehren: Fehlende Integration migrantischer Jugendlicher, Armutsquartiere, neoliberale Zumutungen für die Bevölkerung.

In Dresden wurde Europa gefeiert – während das Versprechen Europas einer freien Gesellschaft mit Wohlstand für die Vielen zur Disposition steht. Da ist es wichtig, dass an diese sozialen Schieflagen erinnert wird – und zwar von links. Protest gegen Ungerechtigkeiten braucht eine linke Stimme.

Eine rechte gibt es nicht, denn soziale Gerechtigkeit funktioniert nicht, wenn sie auf dem Gegeneinander zwischen den weniger Armen und den ganz Armen fußt. Das gilt für Paris wie Dresden. Wenn die Haushaltssperre die soziale Infrastruktur gefährdet, sich der Oberbürgermeister aber eine Großgruppenreise zur Bundesgartenschau gönnt, wenn das Deutschlandticket an Verwaltungsangestellte und Ratsmitglieder ausgereicht, aber Sozialticketnutzerinnen und -nutzern verweigert wird, wenn kommerziellen Stadtfestmachern der rote Teppich ausgerollt wird, selbstverwaltete Stadtteilfeste aber den Bach runtergehen, dann tut nicht nur Kritik, sondern auch Veränderung von links not. Dazu braucht es eine hör- und sichtbare LINKE.

Thomas Feske

HAUSHALTSSPERRE

Harte Folgen nach Gutdünken

Was ist das eigentlich eine Haushaltswirtschaftliche Sperre? Die Gemeindehaushaltsverordnung sagt in §32 (Haushaltswirtschaftliche Sperre): »Wenn die Entwicklung der Einnahmen oder Ausgaben es erfordert, ist die Inanspruchnahme von Ausgabeansätzen und Verpflichtungsermächtigungen durch den Leiter der Finanzverwaltung zu sperren. Der Gemeinderat kann eine Sperre aufheben.«

Dieser Paragraf hängt eine harte Rechtsfolge an eine sehr weiche Grundlage. Denn ob und wann die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben eine Sperre erfordert, hängt vom Ermessen des Leiters der Finanzverwaltung ab. Im konkreten Fall in Dresden letztlich vom Oberbürgermeister. Und dass die Stadt vermutlich weniger einnehmen wird als erwartet, vermutlich mehr ausgeben wird als erwartet und damit in ein Defizit schlittert, kann jederzeit behauptet werden. » Seite 2

Von Risiken und Nebenwirkungen

Die Haushaltssperre verschärft die ohnehin schwierige Situation in der Jugendhilfe. Ein Gastbeitrag von *Anja Stephan*

In den Ferien basteln, malen und spielen? Unsicher!

Bei uns verbringen Kinder und Jugendliche ihre Freizeit, Familien treffen sich in Eltern-Kind-Gruppen und finden Unterstützung durch meine Kolleginnen in der Kontaktstelle für werdende Eltern oder im Projekt »Wellcome – Praktische Hilfe nach der Geburt« und selbstverwaltete Gruppen können unsere Räume außerhalb der Treffzeit nutzen.

Alle Angebote der Kinder- und Jugendhilfe arbeiten im Auftrag der Stadt und richten sich an Kinder, Jugendliche und Familien. All das wird durch die Haushaltssperre gefährdet. Über die Frage, ob Jugendarbeit eine Pflichtleistung oder eine sogenannte freiwillige Leistung ist, wird viel gestritten. Aktuell werden wir wie eine Pflichtleistung behandelt. Das heißt Personalkosten, Miete und andere unabwendbare Ausgaben – wie Strom, Wasser usw. – werden von der Stadt bezahlt. Die Sachkosten für Ausflüge, Eintritt, pädagogisches Material oder Honorare sind allerdings von der Haushaltssperre betroffen.

Zur Person

Anja Stephan ist Sozialarbeiterin und Teamleiterin im offenen Kinder- und Jugendtreff »Louise« in der Dresdner Neustadt

Unsicherheit und Frust vor den Sommerferien

Besonders schwierig ist, dass die Kommunikation dazu seitens der Verwaltung so dürftig ist. Die meisten Angebote und Projekte haben noch nicht einmal einen Zuwendungsbescheid und kennen also die finanzielle Grundlage ihrer Arbeit noch nicht, das erzeugt viel Unsicherheit und Frust. Das erste halbe Jahr ist schon vorbei, die Sommerferien mit extra Programmen stehen vor der Tür und keiner weiß, was können wir bezahlen: Fahren wir ins Freibad, wenn sich das unsere Nutzerinnen und Nutzer wünschen? Können wir für die geplante Zirkuswoche erfahrene Honorarkräfte beschäftigen? Was, wenn alle Tischtenniskellen durchgespielt oder alle Fußbälle durchgetreten sind, kann ich die dann ersetzen?

Neue Förderinstrumente können nicht genutzt werden

Hinzu kommt, dass der Jugendhilfeausschuss mit seinem Beschluss Ende März neue Förderinstrumente aufgelegt hat, sogenannte Fonds, um flexibel auf weitere Bedarfe reagieren zu können und Hindernisse im Verwaltungsverfahren abzubauen. Die Verwaltung des Jugendamtes hat jetzt mitgeteilt, dass alle Fonds nicht zur Verfügung stehen. Das betrifft zum Beispiel Dolmetscherkosten und flexible Stunden, die wir benötigen, um Nutzerinnen und Nutzer schnell zu unterstützen und zum Beispiel zum Jugendamt oder Jobcenter zu begleiten.

Die Haushaltssperre verschärft die ohnehin schwierige Situation in den Einrichtungen der Jugendhilfe – Inflation, explodierende Energiepreise usw. – und geht zu Lasten der Schwächsten in Dresden. Wir erwarten, dass das Jugendamt und Bürgermeister Donhauser bei der Stadtkämmerei erwirken, dass die Haushaltssperre schnellstmöglich aufgehoben wird und die Planungssicherheit für die Sozialarbeit wiederhergestellt wird. *Anja Stephan*

KOMMUNALE FINANZNOT

Kein Geld für Soziales

Die aktuelle Haushaltssperre wird hauptsächlich begründet mit Mehrausgaben durch die hohe Zahl von Geflüchteten und fällt gleichzeitig in die Zeit eines harten politischen Kampfes zwischen Bund und Kommunen, wer für diese Kosten aufkommen muss. Da kommt eine Haushaltssperre in einer großen Stadt wie Dresden gerade recht, um die kommunale Finanznot darzustellen. So weit, so gut, könnte man annehmen. Denn wenn dieser Kampf ums Geld am Ende zugunsten der Kommunen ausgeht, können wir das als LINKE-Kommunalpolitiker nur begrüßen. Und vielleicht ist so auch die aktuelle Wortmeldung der Dresdner FDP zu verstehen, die öffentlich behauptet, Dresden gebe zu viel Geld für Soziales und öffentlichen Verkehr aus. Denn damit unterstützt sie indirekt ihren Bundesfinanzminister, fällt aber gleichzeitig der Stadt Dresden in den Rücken.

Während DIE LINKE also dem Oberbürgermeister im Kampf um Bundesgeld zur Seite steht, kritisieren wir ihn hart in der Umsetzung der Haushaltssperre. Denn er sperrt Gelder auch im Bereich Sport, Jugendhilfe, Kultur und freier Wohlfahrtspflege. Dort aber sind Vereine tätig, die die Folgen nicht ausgleichen können. Gleichzeitig sträubt er sich aber, puren Luxus wie zum Beispiel seine große Gruppenreise nach Mannheim oder seine Rathausparty für 18-jährige mit immerhin über 3000 Besucherinnen und Besuchern auf Sparflamme zu setzen. *Tilo Kießling*

Bei konsumtiven Ausgaben: alle Ampeln auf Rot

Der Luisenpark in Mannheim

GERICHT RÜGT OBERBÜRGERMEISTER

Hilberts Klassenfahrt

Am 26. Juni 2023 hat der 4. Senat des Sächsischen Oberverwaltungsgerichts eine einstweilige Anordnung gegen Oberbürgermeister Hilbert erlassen und ihn verpflichtet, den Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema »Eilantrag zur Vermeidung einer Reise des gesamten Stadtrates nach Mannheim« unverzüglich auf die Tagesordnung des Dresdner Stadtrats zu setzen. Der gerichtliche Beschluss ist unanfechtbar.

Das Gericht begründete seinen Beschluss unter anderem damit: »Es liegt auf der Hand, dass das betroffene Organ sich mit einer für eben dieses Organ geplanten Aktivität selbst befassen und dazu ggf. Beschlüsse treffen darf.« Es könne »handfeste Gründe geben, eine solche Reise abzulehnen, etwa die Frage, welche Außenwirkung sie für den Stadtrat als Organ entfaltet oder auch die Frage des sparsamen Umgangs mit öffentlichen Geldern, die sich unabhängig davon stellt, aus welcher Haushaltsposition die Reise bezahlt werden soll.«

Die Fraktion DIE LINKE hatte ihren Eilantrag bereits im März 2023 gestellt. Der Antrag hätte auf den Stadtratssitzungen im April, im Mai und im Juni behandelt werden können bzw. müssen. Doch Hilbert ging auf Konfrontationskurs und verweigerte die Behandlung des Antrags im Stadtrat. Das hat den kritischen Blick der Öffentlichkeit darauf gelenkt und zahlreiche Ratsmitglieder zum Nachdenken gebracht: Mehr als die Hälfte sagte ihre Teilnahme an Hilberts »Klassenfahrt« wieder ab.

Die Redaktion

SELBSTORGANISATION ERMÖGLICHEN

Feste feiern

BRN? Elbhangfest? Hechtfest? Die großen Stadtfeste sind ausgefallen. Und was machen die, denen sie am Herzen lagen? Feiern trotzdem und organisieren kleinere Nachbarschaftsfeste. So gut es geht. Denn: die Hürden sind hoch und die Kosten auch. DIE LINKE hat darum einen Antrag eingebracht, der auf eine Entbürokratisierung der Anmeldeverfahren abzielt. LINKEN-Stadtrat Tilo Kießling meint: »Die weggefallenen Feste sind für viele Dresdnerinnen und Dresdner ein herber Verlust. Wo in den Genehmigungsbehörden der Amtsschimmel wiehert, stirbt jedes Engagement der Leute vor Ort für ihre Feste. Deshalb brauchen Stadtteilfeste nicht nur Geld aus dem Kulturbereich, sondern auch an anderer Stelle eine Verwaltung, der gemeinsames Feiern kein Dorn im Auge ist, sondern die Selbstorganisation ermöglicht und unterstützt.«

Die Redaktion

Damit die Musik wieder spielt in Dresden

Kraft zur positiven Veränderung

LINKE-Fraktionsvorsitzender André Schollbach äußert sich zur aktuellen Situation im Dresdner Stadtrat

Anfang Juni haben Anne Holowenko und Magnus Hecht ihren Wechsel von der LINKEN zur SPD erklärt. Wie wurde dieser Schritt in Partei und Fraktion bewertet?

Gerade zum Ende einer Wahlperiode hin kommt es vor, dass sich Stadträte politisch neu orientieren und ihre Perspektive in einer anderen Partei sehen. Viele Genossinnen und Genossen waren zu Recht von diesem Schritt enttäuscht. Die beiden Vorsitzenden der Dresdner LINKEN, Jacqueline Muth und Jens Matthis, haben Anne Holowenko und Magnus Hecht gebeten, ihre Stadtratsmandate niederzulegen. Dies ist auch eine Frage des Respekts vor der politischen Entscheidung der Wählerinnen und Wähler bei der Kommunalwahl 2019. DIE LINKE befindet sich zweifelsohne seit längerer Zeit in einer schwierigen Situation. Aber meine Entscheidung ist klar. Ich möchte meinen Beitrag leisten, damit unsere Partei ihrer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe als linke Partei wieder besser gerecht werden kann.

»Ich möchte meinen Beitrag leisten, damit unsere Partei ihrer Aufgabe wieder besser gerecht werden kann« André Schollbach

Momentan bekommt man den Eindruck, dass DIE LINKE nach den Austritten umso präsenter in der Öffentlichkeit ist – vor allem als Gegenüber zum Oberbürgermeister. Ist das das Prinzip »dagegen«?

Der Oberbürgermeister ist seit seiner Wiederwahl regelrecht auf Konfrontationskurs zum Stadtrat gegangen und hat vorhandene Gräben vertieft, statt sich als Brückenbauer zu versuchen. Sogar die Dresdner Medien bewerten sein politisches Agieren inzwischen kritisch. Wir treten dieser Amtsführung im Stile des Gutsherrn erhobenen Hauptes entgegen. Zuletzt verweigerte Herr Hilbert über mehrere Monate hinweg die Behandlung eines Antrags der LINKEN zu einer »Klassenfahrt« des gesamten Stadtrates zur Bundesgartenschau nach Mannheim. Ein derart undemokratisches Verhalten können und wollen wir nicht akzeptieren.

Kritik ist die eine Seite, kann DIE LINKE auch die Kraft zur Gestaltung, zur positiven Veränderung aufbringen?

Das ist unser Anspruch. Wir haben zum Beispiel gerade einen Antrag zum Erhalt der Stadtteilfeste gestellt, nachdem das Elbhangfest, das Hechtfest und die Bunte Republik Neustadt abgesagt wurden. In der letzten Stadtratssitzung ist es uns gelungen, Verbesserungen für den Dresden-Pass im Bereich der Kultureinrichtungen und bei der Nutzung von Bus und Bahn durchzusetzen. Aktuell kämpfen wir dafür, dass die Robotron-Kantine wiederbelebt wird, nachdem wir in der vergangenen Wahlperiode bereits den Abriss verhindern konnten.

Das Interview führte Thomas Feske

Hände aus den Taschen!

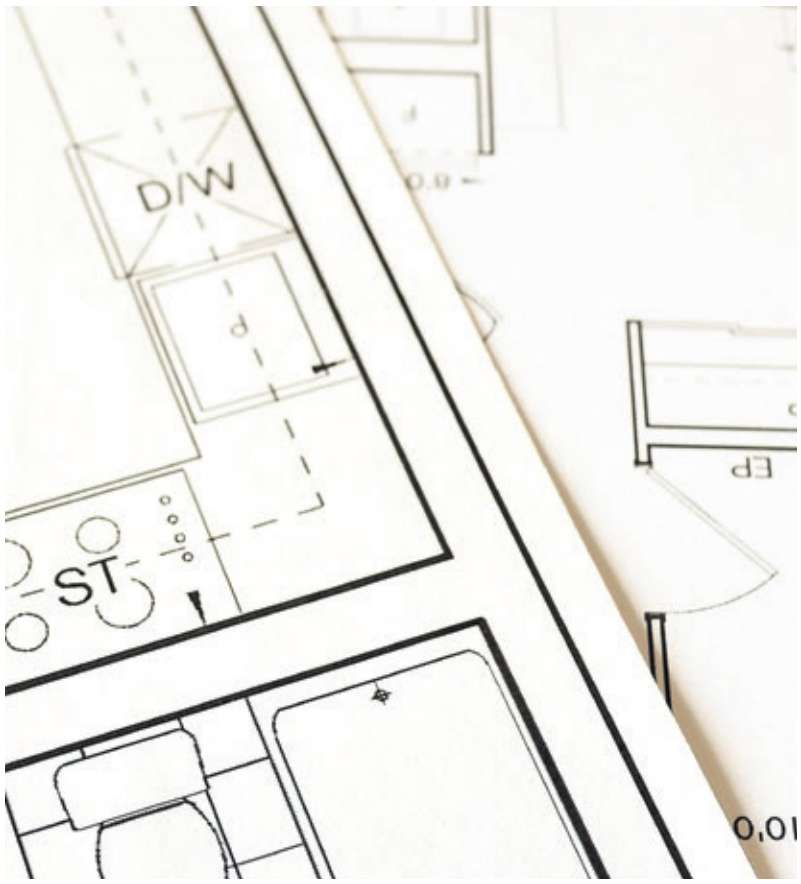
Die Stadt Dresden muss in Wohnungen investieren

Die Pressemitteilung 230 des Statistischen Bundesamtes vom 16. Juni hat es in sich. Die Zahl der genehmigten Wohnungen von Januar bis April war um 27,3 Prozent geringer als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, wobei bei Neubauten sogar ein fettes Minus von 30,3 Prozent verzeichnet wurde. Hochgerechnet auf das Jahr ergeben sich mit genehmigten 75.000 Wohnungen im ersten Drittel also etwas über 200.000 neue Wohnungen, wobei das Ziel der SPD-geführten Bundesregierung von 400.000 Neubauwohnungen jährlich völlig verfehlt werden wird. Möglicherweise bilden die Zahlen auch noch nicht das volle Ausmaß

Wohnen ist Menschenrecht und kein Spekulationsobjekt

der Wohnungskatastrophe ab, denn am Jahresanfang sind noch Wohnungen in die Genehmigung gegangen, die schon vor der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage geplant worden waren. Es wird jedoch derzeit bei weitem nicht jede genehmigte Wohnung auch umgesetzt werden. Das dicke Ende bei den ausbleibenden oder verzögerten Wohnungsfertigstellungen käme demnach noch.

Die Ursache für den regelrechten Absturz des Wohnungsbaus sind horrend steigende Baukosten sowie höhere Zinsen für Baufinanzierungen. Die sich daraus ergebenden Kauf oder Mietpreise können einfach mit einem Durchschnittseinkommen, sei es als Einzelperson oder Familie, nicht mehr bezahlt werden, es sei denn, man findet sich damit ab, sein ganzes freies Einkommen für die Wohnkosten aufzuwenden. Die horrend steigenden Wohnnebenkosten, vor allem für Energie, kommen ja noch dazu.



Wohnungen nicht nur planen, sondern bauen

Woher kommt eigentlich die Wohnungsnot? Erstens haben auch Wohnungen ihren demografischen Zyklus, nicht jede frei werdende Wohnung kann ohne aufwendige Sanierungen gleich wiederverwendet werden. Und zweitens wächst in Deutschland die Bevölkerung, zwischen 2012 und 2022 von 80,3 auf 84,3 Millionen Menschen. Die wollen irgendwo wohnen. Gleichzeitig wurde die Ausweisung neuer Baugebiete erschwert und Bauland verteuerte sich, nämlich von 129 auf 225 Euro pro Quadratmeter, das ist beinahe eine Verdoppelung.

Sinkender Wohnungsbau und steigende Wohnkosten

Während Baufirmen und Projektentwickler leiden, machen Immobilienfirmen vor allem in den Großstädten mit dem knappen Bestand den Reibach. Zwischen 2010 und 2020 stiegen beispielsweise die Mieten in Berlin im Schnitt um 112 Prozent oder in Süddeutschland um über 60 Prozent. Dresden hält, für eine Stadt in Ostdeutschland, mit einer Steigerung von 35 Prozent »gut« mit. Da Marktversagen am Wohnungsmarkt mit steigenden Preisen »belohnt« wird, wird es dieser Markt nicht alleine regeln. In Dresden ergibt sich daher die Konsequenz, den vor dem Hintergrund der geschilderten Preissteigerungen gestoppten kommunalen Wohnungsbau, so schnell wie möglich wiederaufzunehmen.

Problem ist, die durch den Freistaat zu leistende Förderung des sozialen Wohnungsbaus ist in Kombination mit einer Finanzierung am Kapitalmarkt, refinanziert aus der Sozialmiete, nicht kostendeckend. Zwar hat der Freistaat Sachsen die Förderung im Frühjahr erst erhöht, allerdings nicht an die Baukosten gekoppelt, also dynamisiert. Damit läuft die Förderung der Kostenentwicklung hinterher.

Eine Lösung wäre, dass die Stadt eigenes Geld in die Hand nimmt, um in Wohnungen zu investieren. Denn bis auf die Bereitstellung von Grundstücken und der Übernahme von Projektentwicklungskosten und Sonderkosten bei der Herrichtung der Grundstücke, etwa dem Abriss alter baulicher Anlagen, baut die Stadt zum Nulltarif. Die Förderung des belegungsgebundenen Wohnungsbaus ist ein Zuschuss, der nicht zurückgezahlt werden muss, während die Kredite über die Miete abgezahlt werden. Mit etwa neun Millionen Euro könnte der städtische Wohnungsbau der WiD wiederaufgenommen werden. Baureif sind zumindest drei Vorhaben an der Bundschuhstraße, der Schönaer Straße und der Braunsdorfer Straße mit insgesamt 130 Wohnungen. Nicht, dass der Freistaat das missversteht, wir müssen weiter auf eine auskömmliche Förderung des Sozialwohnungsbaus bestehen. Und wir brauchen ein Umdenken. Wohnen ist Menschenrecht und kein Spekulationsobjekt.

Tilo Wirtz

ROBOTRON-KANTINE

Ein cooler Ort mitten in Dresden

Wer in den letzten drei Jahren zu den verschiedensten Formaten von Veranstaltungen und Ausstellungen in der Robotron-Kantine war, konnte erkennen, welche Möglichkeiten dieser Ort bietet. Das Kunsthaus, welches an vielen Stellen der Stadt Ausstellungen, Veranstaltungen und Performances durchführt, soll mitten in die Stadt kommen. Unsere Stadträtin Anja Apel dazu: »Ob Ostrale oder Tanz zur Theaternacht, die Robotron-Kantine ist einfach ein cooler Ort mitten in Dresden. Ich bin froh, dass DIE LINKE dafür gesorgt hat, dass die Robotron-Kantine nicht abgerissen wurde.«

Die Redaktion

Das Kunsthaus kriegt ein Kunsthaus

Lagerkoller
Die absurden Einfälle der EU
» Seite 2

Antirassismus
Rasse vs. Klasse?
» Seite 4

Sichtbarkeit
Die Kämpfe queerer Menschen
» Seite 7

Ausgabe 04

»DIE LINKE ist und bleibt unser politisches Zuhause«

Susanne Schaper

MITTENDRIN
Sozialistische Schrift für Dresden
Juli/August 2023

Menschen erreichen

DIE LINKE auf der Suche nach Zuspruch und sich selbst.
» Seiten 3 und 5

Alarm in der Puppenstube

Die Spielzeugstadt Sonneberg als Spielverderber

Der Leipziger Literaturwissenschaftler Dirk Oschmann zitiert in seinem Bestseller »Der Osten: eine westdeutsche Erfindung« den Politikwissenschaftler Arnulf Baring, der im Jahr 1991 in einem Gespräch mit dem Verleger Wolf Jobst Siedler zu folgender »Erkenntnis« über die ehemaligen Bürger der DDR gekommen war:

»Das Regime hat fast ein halbes Jahrhundert die Menschen verzwergt, ihre Bildung verhunzt. [...] Ob sich dort heute einer Jurist nennt oder Ökonom, Pädagoge, Psychologe, Soziologe, selbst Arzt oder Ingenieur, das ist völlig egal. Sein Wissen ist auf weiten Strecken völlig unbrauchbar. [...] viele Menschen sind wegen ihrer fehlenden Fachkenntnisse nicht weiter verwendbar. Sie haben einfach nichts gelernt, was sie in eine freie Marktgesellschaft einbringen könnten«

Nun ist zwar nicht bekannt, wie viele der so Gescholtenen dies überhaupt gelesen haben, eines aber steht heute, 32 Jahre später, fest: Diese Art zu denken und sich – mehr oder weniger deutlich – auch zu äußern hat den Umgang der westdeutschen Eliten mit dem »Problem Ostdeutschland« seither geprägt. Und dies wiederum ist den Ostdeutschen nun nicht entgangen.

Man kann in den Medien, deren Kommentarspalten und den sozialen Netzwerken tagtäglich erfahren, wie sich dieses Bild vom »tumben, nichtsnutzigen Ossi« in die Köpfe vieler Westdeutscher eingebrannt hat. Und umgekehrt hat sich natürlich auch der aus dieser Demütigungserfahrung entstandene Trotz bei denen gefestigt und inzwischen sogar vererbt, die diesem Umgang ausgesetzt waren und sind.

Die PDS konnte den Unmut über diese Abwertung von Lebensläufen lange Zeit in Form von Wählerstimmen produktiv machen. Warum dies der LINKEN heute nicht mehr gelingt und sich statt dessen eine zutiefst reaktionäre Partei mit komplett asozialer Programmatik zur Hoffnungsträgerin des Ostens aufschwingen konnte, haben wir zu diskutieren. Und zwar schleunigst.

Uwe Schaarschmidt

EDITORIAL

Schöner wäre schön

Nicht endendes Gemetzel in der Ukraine, eine Regierung in der man sich gegenseitig beschimpft, die AfD im Höhenflug – nicht nur – im Osten und eine LINKE, die am Zerbrechen an sich selbst ist: Nein – kein schöner Start in den Sommer. In unserer letzten Ausgabe vor dem Urlaub beschäftigt sich Martin Hilbig mit Ideen für eine produktive Auflösung des letztgenannten Problems. Ein Jahr vor dem den sächsischen Landtags- und Kommunalwahlen und den Wahlen zum Europaparlament scheint hier wirklich Klärungsbedarf zu bestehen. Dazu die Dokumentation einer Erklärung der sächsischen Abgeordneten auf Seite 5. Dass es an den Grenzen der Europäischen Union nun tatsächlich zu Abschiebelagern kommen soll, in denen auch Kinder monatelang eingezäunt leben müssen, macht die Gegenwart auch nicht schöner. Clara Bünger, Rechts- und Flüchtlingspolitische Sprecherin der LINKEN im Bundestag, mach Ihrer Empörung auf Seite 2 Luft. Und dennoch: Einen schönen Urlaub Euch allen!

Die Redaktion

Schwere Entscheidungen für Frauen brauchen keine Vorschriften aus dem Gestern

Fundamentalistische Rückwärtsrolle

Selbstbestimmung über Schwangerschaft – überall in Sachsen!

»Ob Kinder oder keine entscheiden wir alleine« – die Parole der feministischen Bewegung erschallte auch dieses Jahr wieder im Erzgebirge. Dort unterstütze ich bereits seit einigen Jahren den linken Protest gegen einen sogenannten Schweigemarsch aus christlich-fundamentalistischen Kreisen. Diese wollen das Rad der Geschichte wieder zurück drehen, das Recht auf Schwangerschaftsabbruch abschaffen. Frauen sollen wieder unter die Kontrolle von Kirche und männlichem Familienoberhaupt gebracht werden.

Als LINKE wollen wir dagegen das Selbstbestimmungsrecht ungewollt Schwangerer stärken. Dazu gehört auch, dass es landesweit ausreichend Beratungsstellen, Praxen und Kliniken gibt. Nicht zuletzt müssen auch finanzielle Hürden abgebaut werden. Aktuell befürchten viele Expert:innen einen weiteren Rückgang an Ärztinnen und Ärzten, die Abbrüche vornehmen. Das führt zu langen Wartezeiten und weiten Wegen. Mit einem neuen Gesetzentwurf (Landtags-Drucksache 7/13495) wollen wir das Angebot in Sachsen langfristig absichern.

Entkriminalisierung jetzt

Auf der Bundesebene machen wir uns als LINKE seit 1992 dafür stark, dass Schwangerschaftsabbrüche wieder legal, sicher und kostenfrei möglich sein müssen. Schwangere, die kein Kind bekommen möchten, dürfen nicht länger wie Kriminelle behandelt werden. Doch neben diesen grundsätzlichen Forderungen möchten wir auch auf der sächsischen Landesebene die Weichen in die richtige Richtung stellen.

Ich will dafür sorgen, dass die Landesregierung nicht weiter im Blindflug segelt

Unser Gesetzesentwurf regelt, dass es ein Recht auf einen barrierearmen, wohnortnahen und weltanschaulich freien Zugang zur Schwangerschaftskonfliktberatung gibt. Jede ungewollt Schwangere soll Zugang zu jeder Möglichkeit des Abbruchs haben, ob medikamentös oder operativ. Alle müssen sich darauf verlassen können, dass die Kosten übernommen werden. So stärken wir die freie Entscheidung, damit alle ungewollt Schwangeren in ihrer oft sehr belastenden Situation genau die Unterstützung finden, die sie brauchen. Außerdem wollen wir in das Gesetz eine Berichtspflicht der Landesregierung aufnehmen. So erfahren Parlament und Bürger:innen jährlich, wie es um die medizinische Grundversorgung im Land steht. Denn für uns ist klar: Nur wer eine drohende Unterversorgung rechtzeitig erkennt, kann rechtzeitig handeln. Ich will dafür sorgen, dass die Landesregierung nicht weiter im Blindflug segelt.

Als LINKE stehen wir an der Seite der Pro-Choice-Bewegung für Entscheidungsfreiheit und gegen patriarchalen Kontrollanspruch. Im Landtag genauso wie bei Protesten auf der Straße.

Sarah Buddeberg, MdL

HISTORISCHES VERSAGEN DER EU UND DER AMPELREGIERUNG

Abschied vom Menschenrecht

Das Prinzip der Abschottung und Entrechtung von Schutzsuchenden hat sich am Ende durchgesetzt. Dass SPD-Innenministerin Faeser noch stolz darauf ist, die restriktiven Ideen ihres CSU-Vorgängers Horst Seehofer umzusetzen, ist erschreckend. Auch die Rechtfertigungsversuche seitens der Grünen sind unerträglich: Es ist keine Realpolitik zur Verhinderung von Schlimmerem, wenn das Schlimmere aktiv mitgetragen wird. Die Ampel und die EU haben sich mit dem gestrigen Beschluss von einer an den Menschenrechten orientierten Asylpolitik verabschiedet. Das war ein schwarzer Tag für das Asylrecht und vor allem für alle Schutzsuchenden weltweit.

Institutionelle Verrohung

Der Wettbewerb der Schäbigkeit zur Abwehr unerwünschter Geflüchteter hat einen neuen Tiefpunkt erreicht: Mit vielen Menschen, die an den Grenzen der EU um Schutz nachsuchen, wird künftig kurzer Prozess gemacht. Sie werden für Monate weggesperrt, ein faires Asylverfahren können sie unter diesen Umständen nicht mehr erwarten. Dass nicht einmal Kinder hiervon verschont bleiben sollen, zeigt das Ausmaß der institutionellen Verrohung der EU im Umgang mit Geflüchteten. Dass Familien mit Kindern aus Syrien oder Afghanistan von den Schnellverfahren an der Grenze nicht betroffen seien, wie die Ministerinnen Faeser und Baerbock zur Rechtfertigung vortragen, ist eine Täuschung der Öffentlichkeit. Auch sie können künftig leichter auf vermeintlich sichere Drittstaaten verwiesen werden, ohne dass ihr Asylgesuch auch nur eines Blickes gewürdigt wird. Nicht einmal das »Modell Ruanda« ist vom Tisch, hier gab es in letzter Minute noch gefährliche Änderungen am Rechtstext.

Was man in der Ampel offensichtlich vergessen hat

Koalitionsvertrag scheinbar nichtig

Was jetzt auf den Weg gebracht wurde, widerspricht nicht zuletzt den Vereinbarungen im Koalitionsvertrag der Ampel zu besseren Standards in Asylverfahren und zur Beendigung des Leids an den EU-Außengrenzen. Mit den geplanten Grenzverfahren wird das Leid an den Außengrenzen geradezu verrechtlicht. Auch von einer solidarischen Verteilungsregelung in der EU, die auf die berechtigten Wünsche und Interessen der Geflüchteten Rücksicht nimmt, kann keine Rede sein. Nur eine solche faire Regelung würde nachhaltig verhindern, dass Geflüchtete – meist gezwungenermaßen – in andere Länder weiterwandern müssen.

Clara Bünger, MdB, Sprecherin für Rechts- und Fluchtpolitik

Unsere Aufgabe: sich mit den Mächtigen anlegen

Der ewige Vorwurf

DIE LINKE und die Querfront – eine Debatte, älter als die Partei selbst

Manche Debatten in der LINKEN sind mittlerweile älter als die Partei selbst. Selbst die Akteur:innen sind weitgehend die gleichen geblieben. Auch unser gegenwärtiger Streit speist sich aus Grundpositionen, die bereits 2003 eingenommen wurden und die sich seither immer wieder selbst reproduziert haben; insbesondere die gegenseitigen Vorwürfe des Linksliberalismus auf der einen und des Linkskonservatismus auf der anderen Seite. Wagen wir den Blick zurück.

Die erste große außenpolitische Debatte erlebte die PDS 2003, als die EU den Verfassungsprozess intensivierte. In der Ablehnung der Kriegseinsätze in Jugoslawien und im Irak war man sich noch weitestgehend einig gewesen, aber an der EU-Verfassung schieden sich die Geister. Diese schrieb keine sozialen Standards fest, hebelte viele ökonomische Regulierungsmöglichkeiten aus, verpflichtete zur verschärften Militarisierung und war demokratietheoretisch hochproblematisch. Doch es gab auch Befürworter:innen in der PDS, die in jeder Absage an die vertiefte europäische Integration einen Rückfall in den alten Nationalismus sahen.

Die Kontinuität der innerparteilichen Fronten verrät, dass der Streit nicht in der aktuellen Debatte aufgeht

Bereits hier entstand der Vorwurf der Querfront. Denn tatsächlich stellte die radikale Rechte der EU ein Europa der Vaterländer gegenüber. CSU-Ultra Peter Gauweiler und der konservative Vorzeigeintellektuelle Albrecht Schachtschneider klagten vor dem Bundesverfassungsgericht. In Frankreich warb die PCF parallel zum Front National für ein »Non« und brachte das Projekt zum Fallen.

Innerparteiliche Fronten

Der Stern der EU begann in der Folge zu sinken. Nach der Wirtschafts- und Finanzkrise und der folgenden Austeritätsdiktatur brannten in den südlichen Ländern die blauen Flaggen mit den gelben Sternen. Das Image der Union in der Linken wäre auch vollends hinüber gewesen, hätte nicht eine zumeist jugendlich, liberal und urban geprägte Bewegung den EU-Beitritt der Ukraine 2013 zum Fanal ihres Protestes gemacht. Die Besetzung des Maidans sollte den Präsidenten Wiktor Janukowytsch dazu zwingen, mit der Unterzeichnung des EU-Assoziierungsabkommens gegen die Interessen der Mehrheit seiner Wähler:innen zu verstoßen. Für die sympathisierenden Linken ärgerlich war die zwar minoritäre, durch ihre paramilitärische Erfahrung jedoch bedeutende, Beteiligung der radikalen Rechten.

Der Querfrontvorwurf wechselte den Adressaten. Moralische Augenhöhe erreichte das linksliberale Lager erst wieder mit dem Einmarsch Putins auf der Krim, welche eine Solidarisierung mit dem Gegen-Maidan erschwerte. Das eigentliche Kernproblem, dass ein Teil der Ukrainer:innen auf die Freizügigkeit in der EU schielte, während ein anderer die materiellen Grundlagen zum Dableiben sichern wollte, wurde zur Bekenntnisfrage um »Nazis auf dem Maidan« und »grüne Männchen im Donbass« degradiert. Die jungen, akademischen, leistungsfähigen und ungebunden Funktionär:innen verstanden die pro-westlichen Kräfte in der Ukraine.

Die Genoss:innen, welche in den heimischen Gemeinden und Betrieben verwurzelt und auf soziale Sicherheit angewiesen waren, fühlten eher mit der Sehnsucht nach Stabilität. Die Begriffe »Linkskonservatismus« und »Linksliberalismus« gewannen in ihrer sozialdemokratischen Scheinopposition an Kontur. Die Kontinuität der innerparteilichen Fronten verrät, dass der Streit nicht in der aktuellen Debatte aufgeht, sondern tiefgreifendere Ursachen im politischen und organisatorischen Prinzip unserer Partei haben muss, deren Behebung nur prinzipieller Natur sein kann.

Drei Vorschläge

1. Anstatt uns die großen Schlagworte wie »links«, »rechts«, »progressiv« oder »konservativ« um die Ohren zu hauen, sollte man zuerst ganz nüchtern und schmerzhaft ehrlich die Interessen in der Bevölkerung analysieren. Das bedeutet nicht, dass man allen Selbstdarstellungen unbedingten Glauben schenken muss oder als legitim akzeptieren müsste. Aber wir sollten ohne Moralisierung erklären, auf welcher materiellen Basis der Diesel verteidigt oder gegen eine Sammelunterkunft protestiert wird.
2. Wir müssen unsere Gesellschaft als eine zutiefst widersprüchliche anerkennen. Nicht nur stehen Klassen im permanenten Kampf gegeneinander, auch das allgemeine Klasseninteresse widerspricht häufig dem individuellen. Dafür gibt es keine Lösungen, sondern nur strategisch plausible Positionierungen. Diese Art realer Widersprüche gilt es auszuhalten und anzuerkennen.
3. Um sowohl die materielle Analyse, sowie die Positionierung innerhalb antagonistischer Verhältnisse in praktische politische Form gießen zu können, bedarf es eines selbst verordneten demokratischen Zentralismus. Erst am Ende des Diskussionsprozesses stehen die großen Begriffe und die großen Bilder. Sie dürfen nicht Anfangspunkt sein. Dazu bedarf es Verbindlichkeit und transparenter Evaluierung.

Martin Hilbig

»Zusammen geht mehr« – das sollte auch in unserer Partei gelten

Ehemaliges »Goehle-Werk« in Dresden Pieschen. Leidensort hunderter Zwangsarbeiterinnen

Vergessene Kinder

Der 8. Mai am St.-Pauli-Friedhof

Um 16 Uhr versammelten sich circa zehn Menschen am Zentralwerk, dem ehemaligen »Goehle-Werk«, einem ehemaligen Rüstungsbetrieb der Nazis in Pieschen. Wir, Herr Jürgen Naumann, ein Historiker und Kenner der Dresdner Geschichte und ich hatten zu einer Erinnerungsveranstaltung eingeladen. Erinnert werden sollte an die Frauen und deren Kinder aus dem Entbindungslager »Kiesgrube« Sie wurden zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt, arbeiteten in den Rüstungsbetrieben Dresdens und Sachsens. Zwei Wochen nach der Geburt mussten die Frauen wieder arbeiten. Die Kinder wurden ihnen entzogen, sie sahen diese oftmals nie wieder. Die Kinder wurden in den »Pflegeheimen« ihrem Schicksal überlassen und starben im Alter von wenigen Wochen oder Monaten, meist noch vor ihrem ersten Geburtstag. Sie wurden auf dem St.-Pauli-Friedhof beigesetzt, besser verscharrt, in Pappsärgen verscharrt, ohne Trauerfeier und Gedenken.

Bedrückende Bilder

Jürgen Naumann erinnerte am ehemaligen »Goehle-Werk« an diese Ereignisse. Für die Schüler:innen, die unsere Genossin Rica Gottwald für die Teilnahme an der Veranstaltung gewinnen konnte, war das lebendiger Geschichtsunterricht. Im Anschluss gingen wir den Weg, den vorher die Jüd:innen und Zwangsarbeiterinnen einstmals gingen, zum St.-Pauli-Friedhof. Dort erklärte Jürgen Naumann die an der Haltestelle und vor dem Friedhof angebrachten Erinnerungstafeln, die leider kaum auf das Entbindungsheim hinweisen. Auf dem Friedhof besuchten wir dann die Kindergräber. Es war bedrückend, wenn man vor den kleinen Tafeln stand und das Alter der Kinder sah. Die Recherchen zu diesen Gräbern leistete Frau Annika Dube-Wenk schon vor einigen Jahren, der dafür nicht genug gedankt werden kann. Jürgen Naumann erklärte an den Gräbern deren Entstehungsgeschichte, die gleichzeitig zeigt, wie wenig Interesse seitens der Bevölkerung in Dresden, aber auch der Verwaltung der Stadt an diesen Gräbern und der Erinnerung daran lag.

Im Saal der Mennonitischen Gemeinde waren noch Besucher:innen zu uns gekommen, so dass wir nun 18 Menschen waren. Wir begannen die Veranstaltung mit dem Verlesen eines Teiles der Namen der Kinder. Unser Gastreferent, Herr Klaus-Dieter Müller, hielt einen sehr anschaulichen Vortrag über die Zwangsarbeit im Nationalsozialismus. Deutlich wurde dabei die unmenschliche Behandlung der Zwangsarbeiter:innen und die verlogene Propaganda der Nazis. Er konnte das alles mit Fakten belegen, die er in dem Buch »NS-Zwangsarbeit und Kriegswirtschaft 1939–1945« im Jahr 2021 veröffentlicht hat. Nach einem weiteren Verlesen der Namen der Kinder erklärte Jürgen Naumann die Situation um den Friedhof und die Gräber, vor allem hob er die Notwendigkeit einer Gedenkstätte an diesem Ort hervor und beklagte zurecht das fehlende Engagement der Stadtverwaltung und der Bürgerschaft für eine solche Gedenkstätte. Das wollen wir ändern, dazu diente diese Veranstaltung. Ausdrücklich werben wir für die Gründung eines Vereins, der sich die Errichtung einer bundesweiten Gedenkstätte an diesem Ort zur Aufgabe macht.

Jürgen Naumann hob die Notwendigkeit einer Gedenkstätte hervor

Jeder, der Interesse an einer Mitarbeit in einem solchen Verein hat, kann sich gern bei mir melden. *Dieter Gaitzsch*

■ **Kontakt: Dieter.Gaitzsch@posteo.de**

Hintergrund

Das »Goehle-Werk« ist eine ehemalige Rüstungsfabrik in Dresden-Pieschen. Dort befand sich ab 9. Oktober 1944 zur Unterbringung von Zwangsarbeiterinnen ein Außenlager des KZ Flossenbürg. Die letzte Arbeitseinteilung vom 13. April 1945 wies 684 Häftlinge auf, die meisten von ihnen stammten aus Polen und der Sowjetunion.

Titel des Sammelbandes von Eleonora Roldán Mendívil und Bafta Sarbo

DISKUSSION/VORTRAG

Diversität der Ausbeutung

Die Ausgangsbeobachtung von Eleonora Roldán Mendívil, Sarbo und Friedrich ist, dass in Deutschland von Antidiskriminierungsstellen bis zur radikalen Linken ein liberaler Rassismusbegriff vertreten wird. Dieser setzt vor allem auf Repräsentation, Inklusion und Diversität. Wie Klasse und Rasse zusammenhängen, wird aktuell so gut wie nicht diskutiert. Dabei wird eine historische und aktuelle internationale Diskussion nicht zur Kenntnis genommen und auch die Geschichte der Diskussion um Klasse und Rasse im deutschsprachigen Marxismus ignoriert. Zugleich schlägt dieser Mangel an materialistischem Fundament sich auch in vereinfachenden und moralisierenden Erklärungen des Aufstiegs der politischen Rechten nieder. Beide Phänomene hängen aber miteinander zusammen. Neben der Theoriegeschichte soll es in der Auseinandersetzung um die »Diversität der Ausbeutung« und um eine politische Intervention gehen. Dabei stellt marxistischer Antirassismus in Theorie und Praxis eine Alternative zu liberalem Antirassismus dar. *Die Redaktion*

■ **Zur Kritik des herrschenden Antirassismus, Diskussion mit Eleonora Roldán Mendívil und Bafta Sarbo. 17. August, 17.30 Uhr, »Gärtjen«, Messering. Gemeinsame Veranstaltung des Ostra e. V. und der RLS Sachsen**

Wir bleiben!

In Verantwortung und Solidarität für unsere Partei DIE LINKE: Schreiben aller unserer 14 Landtagsabgeordneten, unserer vier Bundestagsabgeordneten sowie unserer Europaabgeordneten aus Sachsen

Solidarität: Notwendig in der Gesellschaft und in der Partei

Liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Genossinnen und Genossen,

wir, die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, der Landesgruppe Sachsen der Linksfraktion im Bundestag und die sächsische Europaabgeordnete, sind alle von Mitgliedern der Partei DIE LINKE. Sachsen nominiert worden. Wir erklären, dass wir im Fall einer Parteineugründung aus dem Umfeld von und mit Sahra Wagenknecht Mitglied der Partei DIE LINKE und der jeweiligen dazugehörigen Fraktion bleiben.

Natürlich ist unsere Partei nicht perfekt – wie im Übrigen andere Parteien auch nicht. Sie ist und bleibt aber unser politisches Zuhause – mit ihrem Pluralismus und unseren unterschiedlichen Herkünften. Wir kämpfen seit vielen Jahren für den Aufbau und Erhalt einer linken politischen Kraft, die für ein Leben aller in Menschenwürde eintritt. Wer schon einmal in einem Parlamentsausschuss saß, weiß, dass diese Arbeit Sisyphusarbeit ist. Jede und jeder von uns hat, wie alle Mitglieder einer demokratischen politischen Partei, innerparteilich und in der Gesellschaft dabei Niederlagen und Erfolge erlebt. So verschieden wie unsere Motivationen dafür waren und sind, uns in der Partei die LINKE zu engagieren, so verschieden sind die Lebensrealitäten der Menschen, die uns dafür ihre Stimme gegeben haben. Und so verschieden sind auch die Steine, die ihnen in den Weg gelegt werden.

Es gibt viel zu tun

Diese Steine parlamentarisch und zivilgesellschaftlich für jene aus dem Weg zu räumen, die sie nicht selbst den Berg hinaufrollen können – zudem in einem Freistaat, in dem man sich sehr häufig im Widerspruch zum Zeitgeist befindet – ist die Aufgabe linker Politik: Damit die Stromrechnung bezahlbar bleibt, damit Arbeitnehmer:innen im Betrieb mehr zu sagen haben, damit der Bus fährt, damit Einkommen der Eltern, Bildungsgrad, Hautfarbe, Geschlecht, sexuelle Orientierung oder der Pass nicht über die Möglichkeit für ein gelingendes Leben entscheiden, damit der Lohnzettel und der Rentenbescheid stimmen, damit Faschisten nicht unseren Rechtsstaat aushöhlen und wir auch in Zukunft noch ein intaktes Klimasystem haben. Damit es eine politische Kraft gibt, die gegen die traurige Einsamkeit des Marktes die einzig belastbare Alternative ins Feld führt: Solidarität.

Das ist kein Alleinstellungsmerkmal von uns. In den Kreistagen, den Basisorganisationen, von den Landesarbeitsgemeinschaften über die Mitarbeiter:innen in unseren Büros und Geschäftsstellen bis zu den »einfachen« Mitgliedern, denen wir es als Partei in den letzten Monaten nicht immer einfach gemacht haben, ist das nicht nur der Kitt, der uns zusammenhält, sondern die Aufgabe, die uns in unseren gemeinsamen Interessen und unseren Werten eint.

Die Richtschnur jedes und jeder Abgeordneten sind die demokratischen Beschlüsse unserer Partei. Dazu in Einzelfragen abweichende persönliche Meinungen zu formulieren ist legitim. Mit Ressourcen und Kapazitäten der Partei gegen die eigene Partei zu arbeiten, ist nicht legitim! Das einzelne Mitglieder und Mandatsträger:innen unserer Partei diesen Minimalkonsens

Natürlich ist unsere Partei nicht perfekt

aufbrechen und eine mit uns in kommenden Wahlen konkurrierende Partei gründen wollen, ist ihr Recht in einem demokratischen Staat. Es ist aber im Angesicht einer ernstzunehmenden faschistischen Gefahr und der notwendigen Umstellung unserer Produktion auf das, was unser Planet noch aushält, der falsche Weg. Es gibt mit der Partei die LINKE eine politische Kraft, die für soziale Gerechtigkeit, Frieden und die konsequente Verteidigung der Demokratie eintritt. Dafür, dass diese politische Kraft auch in Zukunft erfolgreich ist, werden wir weiterhin arbeiten.

Die Redaktion

Janine Wissler beim Kampagnenauftakt in Frankfurt/Main

NEUE KAMPAGNE DER BUNDESPARTEI

Umsteuern

In einem reichen Land sollte kein Mensch in Armut leben müssen. Doch das schaffen wir nur, wenn wir den Reichtum umverteilen. In diesem Jahr werden Konzerne so hohe Dividenden ausschütten wie nie zuvor – fast 75 Milliarden Euro! Und die Konzerne sind in den Händen der Reichen. Allein die sechs reichsten Milliardär:innen in Deutschland besitzen so viel wie die unteren 40 Prozent. Die Reichen werden reicher, während die Inflation die Gehälter der Beschäftigten auffrisst. Holen wir uns das Geld zurück! Mit einer Vermögenssteuer, die pro Jahr 100 Milliarden Euro bringt – für Investitionen in Schulen, Schienen und Schwimmbäder. Dazu werden die Vermögen oberhalb von einer Million Euro mit fünf Prozent pro Jahr belastet. So hätten wir mehr Geld für den Ausbau von Bus und Bahn, für Schulen und Kitaplätze, für bessere Pflege und ein gerechtes und modernes Gesundheitssystem, für ein gutes Leben für alle.

Uwe Schaarschmidt

Hier mitmachen und die Petition zeichnen: www.die-linke.de/mitmachen/kampagnen/umsteuern

Am Gedenkstein für Fritz Schulze und Eva Schulze-Knabe

GEDENKEN AM SCHULZE-KNABE DENKMAL

Gegen das Vergessen

Am 6. Juni trafen sich Genoss:innen des Ortsverband Dresden-Plauen und des Stadtvorstandes am Schulze-Knabe-Denkmal in der Nähe des Hohen Steins im Dresdner Süden, um der Antifaschist:innen Fritz Schulze und Eva Schulze-Knabe zu gedenken. Fritz Schulze baute ab 1936 zusammen mit anderen eine Widerstandsgruppe gegen das Nazi-Regime auf. Er wurde 1942 zum Tode verurteilt und im Juni desselben Jahres hingerichtet. Am Hohen Stein hatten seine Frau Eva Schulze-Knabe und er ein Atelier, welches als Treffpunkt der Widerstandsgruppe galt.

Zweimal im Jahr organisiert der Ortsverband Dresden Plauen der LINKEN. Arbeitseinsätze, um den Ort von Wildwuchs zu befreien. Andernfalls bliebe das Denkmal wohl sich selbst und der Natur überlassen. Das Schulze-Knabe Denkmal kann ein Ausgangspunkt sein, um sich mit dem Wirken von Antifaschist:innen in Dresden zur NS-Zeit zu beschäftigen und die Erinnerung an sie wach zu halten. *Antje Kazimiers*

MATHEMATIK-ERLEBNISLAND

Bildungsort Museum

Endlich Ferien! Egal, wie das Zeugnis ausfiel, Ferien haben sich alle verdient, Schülerinnen und Schüler genauso wie Lehrerinnen und Lehrer. Folgen soll jetzt hier eine Empfehlung, wenn das Sommerwetter mal nicht zum Baden einlädt, das Mathematik-Erlebnisland der Technischen Sammlungen Dresden mit der ganzen Familie zu besuchen.

Auf verschiedenen Stationen werden viele Zusammenhänge sehr anschaulich dargestellt und geben ihre Geheimnisse preis, wie beispielsweise das zwischen Musik und Mathematik. Rätselspaß mit Zahlen fordert ebenso zum Mitmachen auf, wie einzelne Spielstrecken Verblüffendes offenbaren. Und wie alle städtischen Museen kann das Erlebnisland-Mathematik Freitags ab 12 Uhr kostenfrei besucht werden.

Ingrid Körner, AG Bildung Dresden

■ Technischen Sammlungen Dresden, Junghansstraße 1–3; Öffnungszeiten: Di bis Fr 9–17 Uhr, Sa / So 10–18 Uhr; Mehr unter: www.tsd.de

Museumsgebäude mit berühmter Silhouette

BUCHTIPP

Brillante Selbstkritik

Catherine Liu rechnet mit der linksliberalen Elite in den USA ab, der so genannten Professional Managerial Class (PMC).Wo diese einst den Kampf der Arbeiterklasse gegen kapitalistische Ausbeutung unterstützte, ist sie heute einer der stärksten Treiber des sich progressiv gebenden, globalisierten Kapitalismus und seiner brutalen, neoliberalen Leistungsideologie. Moralische Werte und Tugenden zielen nicht mehr auf die Gemeinschaft, sondern dienen als individuelle Accessoires dazu, die eigene Überlegenheit gegenüber der als minderwertig betrachteten Arbeiterklasse auszustellen. Tugend verkommt so zur reinen Prahlerei.

Lius rhetorisch scharfe wie analytisch brillante Selbstkritik der Linken lässt sich ohne Umschweife auf die urbane Mittelklasse Deutschlands übertragen, wie Liu in ihrem exklusiven Vorwort zur deutschen Erstausgabe ausführt. Die Tugendpächter formuliert auch eine Hoffnung: Dass die globale PMC endlich wieder die universellen Prinzipien von Gerechtigkeit und Solidarität entdeckt und die soziale Frage ins Zentrum ihrer Kämpfe stellt. *Westens-Verlag*

■ Catherine Liu: Die Tugendpächter. Wie sich eine neue Klasse mit Moral tarnt und Solidarität verrät, Westend-Verlag, 128 Seiten, ISBN 978-3-86489-397-1

JULI/AUGUST/SEPTEMBER

Termine und Veranstaltungen

Sitzung der AG Frieden
Thema u.a.: Vorbereitung des Weltfriedenstages am 1. September
■ 17. Juli, 13 Uhr, »Haus der Begegnung«, Großenhainer Str. 93

Infostand AG Cuba Si *Infostand zur aktuellen Situation in Cuba*
■ 29. Juli, 16 Uhr, Alaunplatz

Monatlicher Stammtisch Prohliser LINKE
■ 8. August, 18 Uhr, »Eltern-Kind-Büro«, Berzdorfer Str. 26, oder digital

Zuckertütenfest der Prohliser LINKEN
■ 12. August, 10 Uhr, Albert-Wolf-Platz

Sitzung des Ältestenrates
■ 22. August, 10 Uhr, »Haus der Begegnung«, Großenhainer Str. 93

Treffen der AG Ökologie mit Stadträtin Margot Gaitzsch
Wir können gern über ein Tablet eine Online-Zuschaltung ermöglichen.
■ 22. August, 18 Uhr, Rathaus, Raum 1/208

Sitzung des Stadtvorstandes im August
■ 24. August, 18 Uhr, »Haus der Begegnung«, Großenhainer Str. 93

Stammtisch LINKS in der Neustadt
■ 15. September, 19 Uhr, »Wir AG«, Martin-Luther-Str. 21

Sitzung des Stadtvorstandes im September
■ 21. September, 18 Uhr, »Haus der Begegnung«, Großenhainer Str. 93

Neues Hilfsangebot

Als Sternenkinder werden verstorbene Kinder bezeichnet, insbesondere wenn sie vor, während oder bald nach der Geburt gestorben sind. Betroffene Frauen und Männer haben es schwer, in solch einer Situation Hilfe und Beratung zu finden. Alexandra Klaeck aus unserem Stadtverband, selbst mehrfach Betroffene, möchte nun eine Beratung für Eltern von Sternenkindern anbieten. Wer sich dabei einbringen möchte, ist gern gesehen. Habt Ihr in Eurem Bekanntenkreis oder in der Familie Menschen mit diesem Problem, weist Sie bitte auf diese Möglichkeit hin.

Uwe Schaarschmidt

■ Das erste Treffen wird im September am 5. September von 17 bis 19 Uhr im Haus der Begegnung stattfinden.

Gegen jede Diskriminierung

Queere Menschen fordern Versprechen ein

Der Juni ist schon wieder vorbei, und somit auch der Pride Month. Doch in unserer Gesellschaft wurde auch dieses Jahr hitzig darüber debattiert, warum es diesen Monat überhaupt noch braucht. Immer wieder wird von rechtskonservativer Seite behauptet, dass queere Menschen bereits gleichgestellt seien. Dies ist aber ganz klar zu dementieren.

Immer noch leiden queere Menschen unter struktureller Diskriminierung. So ist zum Beispiel die Anzahl an queerfeindlichen Vorfällen im Jahr 2022 auf 1005 gestiegen. Ein Jahr zuvor waren es 870 . Die Dunkelziffer liegt vermutlich noch um einiges höher. Aber auch auf rechtlicher Ebene ist noch viel zu tun. So hat sich die Ampel-Koalition in ihrem Koalitionsvertrag darauf geeinigt, das alte TSG gegen ein Selbstbestimmungsgesetz zu ändern. Bis zum heutigen Tag ist dies jedoch nur ein leeres Versprechen.

Entpolitisierung beim CSD

Aus diesen Gründen gab es in den vergangenen Wochen mehrere Aktionen, bei denen engagierte Menschen für ihre Rechte eingestanden sind. So haben wir am Tag nach der Einweihung der Lili-Elbe-Straße, die zum Internationalen Tag gegen Homo-, Bi-, Inter*-, Trans*feindlichkeit eingeweiht wurde, eine Eilversammlung angemeldet, denn das Straßenschild wurde über Nacht gestohlen. Das ist als ein klarer Angriff auf queere Räume zu verstehen. Es wurde versucht, uns unsichtbar zu machen. Einige Wochen später fand der CSD in Dresden statt. Die Versammlung, die eigentlich eine Demonstration für die Rechte queerer Menschen sein sollte, ist jedoch leider von kapitalistischen Interessen unterwandert und es werden keine klaren politischen Forderungen aufgestellt.

Queer Pride in der Dresdner Neustadt

Dafür gab es einige Wochen später die Queer Pride. Hier schaffen linksdenkende Menschen einen Raum, um den eigenen queer-feministischen Forderungen Gehör zu verschaffen. An diesem Tag haben rund 2000 Menschen den Weg auf die Straße gefunden. In einer Gesellschaft, in der die AfD immer mehr Macht gewinnt, ist es wichtig, achtsam zu bleiben. Wenn wir die Geschehnisse nicht kritisch beobachten und gegen den wachsenden Rechtsruck kämpfen, werden wir bald in einer Gesellschaft aufwachen, in der unsere Rechte eingeschränkt werden und die Gewalt gegenüber queeren Menschen noch weiter steigt.

In einer Gesellschaft, in der die AfD an Macht gewinnt, ist es wichtig, achtsam zu bleiben

In diesem Sinne: We are here! We are queer! *Tomas von Rudno Restrepo*

»DRESDEN, BEWEG DICH!«

Dresdner Linksjugend macht mobil

Platz zum Leben statt Platz für Autos

Zu wenig Geld für die Dresdner Verkehrsbetriebe, schleichende Umsetzung des Radverkehrskonzept und sogar regelmäßige Initiativen für mehr PKW-Parkplätze – Dresden kommt beim Thema nachhaltige Mobilität nicht von der Stelle. Als linksjugend haben wir die Gründung der Initiative »Dresden, beweg dich!« angestoßen, welche sich mit einem offenen Brief an die Stadtspitze gewendet hat. Der Brief ist nicht nur ein Appell, sondern liefert konkrete Vorschläge für eine nachhaltigere Verkehrs- und Mobilitätsplanung. Zur Initiative gehören neben uns unter anderem Fridays- und Parents for Future, Dresden Zero, andere politische Jugendverbände und diverse progressive Verkehrsinitiativen.

Zu viel Platz für Autos

Wir sagen: Die Stadt ist in der Pflicht ihren Beitrag für einen konsequenten Klimaschutz zu leisten. Darüber hinaus hat Dresden die Chance mit der Stärkung nachhaltiger Mobilitätsformen deutlich lebenswerter zu werden. Um auf unsere Forderungen aufmerksam zu machen, haben wir am 1. Juli eine erste Demo für eine autofreie Neustadt organisiert. Gemeinsam mit den vielen beteiligten Organisationen zogen wir durch die äußere Neustadt zwischen Alaunpark, Albertplatz, Königsbrücker und Kamenzer Straße. Grundsätzlich geht es darum, den öffentlichen Raum gerechter aufzuteilen. Denn derzeit nehmen uns Autos den Platz zum Leben weg. Mit einer autofreien Neustadt würden wir die Straßen den Menschen zurückgeben. Restaurants, Bars, Anwohner:innen und Besucher:innen hätten mehr Platz zur freien Entfaltung. Mit unseren Redebeiträgen machten wir deutlich, dass Autos zu viel Platz eingeräumt wird und was ohne sie, mit mehr öffentlichem Raum für die Menschen selbst, alles möglich wäre.

Wir haben vor, nicht nur diese, sondern viele weitere unserer Forderungen mit öffentlichen Aktionen in die Stadtgesellschaft zu tragen. *Paul Senf*

■ Unser offener Brief mit allen Vorschlägen für eine konsequente Verkehrswende findet sich unter dresden-beweg-dich.de

Nach Magdeburger Halbkugeln jetzt Magdeburger Chips?

Silicon Börde

Milliarden für Intel in Magdeburg – gut, gut gemeint oder falsch?

Magdeburg bekommt einen neuen Industriestandort. Intel, der weltweit zweitgrößte Hersteller von Halbleitern, will rund 33 Milliarden Euro investieren. Das ist die größte Investition in die Halbleiterbranche, die jemals in Deutschland getätigt wurde. Der Bund will das Vorhaben mit rund 9,9 Milliarden Euro subventionieren. Die Ampel-Regierung erhofft sich, so die Abhängigkeit gegenüber Importen aus Drittstaaten zu reduzieren. Die Wertschöpfungsketten sollen resilienter werden. Das ist insbesondere für nachgelagerte Industriebranchen wichtig: Viele benötigen Halbleiter, auch Chips genannt.

Derzeit kommen rund 60 Prozent aller weltweit genutzten Halbleiter aus Taiwan. Von den hochwertigen Chips sind es sogar 90 Prozent, die in den wenigen Fabriken des Chip-Giganten TSMC gefertigt werden. Eine Unterbrechung der Halbleiterexporte könnte, wie während des COVID-Ausbruchs im Frühjahr 2020 geschehen, gravierende Folgen für die Weltwirtschaft haben. Da ist es nachvollziehbar, dass die EU strategisch wichtige Produktionsstandorte der Halbleiterindustrie in die Union holen will. Das geht nur mit einem weitreichenden Paradigmenwechsel: einem Comeback der Industriepolitik. Der Markt regelt eben nicht alles wie von allein im Sinne der EU.

Die Produktion vieler Güter, die auch für die digitale und grüne Transformation strategisch wichtig sind, findet geographisch konzentriert statt. Wenn die Lieferketten von dort unterbrochen werden, hat das fatale Folgen. Zudem wächst die Standortkonkurrenz. Nicht nur die hohen Energiekosten setzen die Unternehmen unter Druck. Mit Steuererleichterungen und hohen Fördersätzen will die US-Regierung dafür sorgen, dass sich mehr Investoren für die USA entscheiden.

Förderung muss auch an sozialpolitische und ökologische Bedingungen geknüpft werden

Wirtschaft fördern und fordern

Aus linker Perspektive braucht es dringend gezielte Investitionen an strategisch wichtigen wirtschaftlichen Knotenpunkten, um Standorte in Europa zu sichern. Doch Subventionen allein reichen nicht. Jede Förderung muss auch an sozialpolitische und ökologische Bedingungen geknüpft werden. Dazu gehören Arbeitsplatzgarantien, Einhaltung von Tarifverträgen, hohe Umweltstandards und Rückzahlverpflichtungen bei Nichteinhaltung der Förderbedingungen. Doch wird damit nicht die Ansiedlung gefährdet? Auch die Unternehmen müssen Vorsorge treffen, falls Lieferketten unterbrochen werden. Deshalb brauchen sie ein Standbein in den verschiedenen Märkten. Und so kann auch die Politik Forderungen stellen.

Frederick Coloumb,
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
MdEP Cornelia Ernst

MITTENDRIN
Sozialistische Schrift für Dresden

Impressum

Herausgeber
DIE LINKE. Dresden
Großenhainer Straße 93
01127 Dresden

Kontakt
Telefon: 0351/8583801
Fax: 0351/8583802
kontakt@dielinke-dresden.de
www.dielinke-dresden.de

V.i.S.d.P.
Uwe Schaarschmidt

Autor:innen dieser Ausgabe
Sarah Buddeberg, Clara Bünger, Dr. Cornelia Ernst, Dieter Gaitzsch, Martin Hilbig, Antje Kazimiers, Ingrid Körner, Paul Senft, Tomas von Rudno Restrepo, Uwe Schaarschmidt

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwahrende Kürzungen vor.

Bildnachweise
Martin Heinlein (1, 3, 5); jackson simmer/unsplash (2); Markus Spiske/unsplash (2); Dr. Azrael Tod/wikimedia commons (4); Hannah Hasselhorn (6); Linksjugend Dresden (7); Annie Spratt/unsplash (7); maheshkumarpainam/unsplash(8)

Gestaltung und Satz
Ostsüdost

Druck
LR Druckerei GmbH

Auflage
Die Papierausgabe wird in einer Auflage von 3000 Exemplaren gedruckt.
Digital lesbar ist die Ausgabe unter www.dielinke-dresden.de

Redaktionsschluss
3. Juli 2023

Unterstützung
Die Zeitschrift »Mittendrin« kann kostenfrei abonniert werden. Wir freuen uns jedoch über eine Spende, mit der Sie das Erscheinen unserer Zeitung unterstützen.
Spendenkonto:
DIE LINKE. Dresden
IBAN: DE94 8505 0300 3120 1714 16
Ostsächsische Sparkasse Dresden

DIE LINKE.
Stadtverband Dresden

Fortschreibung der Schulnetzplanung

Alle fünf Jahre überprüft und aktualisiert die Stadt Dresden die mittel- und langfristige Entwicklung ihrer Schulinfrastruktur

Ein moderierter Prozess: Schule gemeinsam planen

Die Öffentlichkeit sollte frühzeitig an diesem Prozess beteiligt werden. Vom 25. April bis 21. Mai fanden erstmalig fünf Regionalkonferenzen zur Vorstellung der Pläne statt. Eingeladen waren Vertreterinnen und Vertreter der Schulen, der Kreiseltern- und Stadtschülerräte, des Landesamtes für Schule und Bildung, der Stadtverwaltung und der Stadtbezirke sowie die Stadträte und Stadträtinnen aus dem Bildungsausschuss.

Nach der Vorstellung der Planungen konnten Fragen gestellt werden. Die meisten Fragen wurden zur Erhebung der statistischen Daten gestellt, auf deren Basis die Schulnetzplanung erfolgte. Die Fragen konnten von der Landesstelle für Statistik leider nicht immer zufriedenstellend beantwortet werden. Klar ist: Ein deutlicher Rückgang der Geburten führt in den Regionen unterschiedlich schnell zu einer deutlichen Entspannung an den Kitas und folgend an den Grundschulen sowie anschließend an den weiterführenden Schulen. In einigen Gebieten entstehen neue Wohnviertel, das wurde nach Meinung der Elternvertretungen nicht immer ausreichend berücksichtigt.

Danach begab man sich in verschiedene Gesprächskreise. Oberschulen und Gymnasien berieten zusammen und sammelten grundsätzliche Fragen und Probleme, welche dann anschließend im gesamten Plenum vorgetragen wurden. Besonders positiv empfanden alle, dass trotz zurückgehender Schülerzahlen keine Schließung von Einrichtungen vorgesehen ist. Die Forderung nach mehr Gemeinschaftsschulen wurde seitens der Elternvertreter bei allen fünf Regionalkonferenzen eingebracht.

Deutlich wurden die besonderen Herausforderungen an den Oberschulen. Dort lernen zum Beispiel viel mehr Jugendliche mit einer Behinderung als an den Gymnasien. Die Oberschulen tragen die Hauptlast der Integration und müssen zunehmend auch Schülerinnen und Schüler aufnehmen, die von den Gymnasien zurückkehren.

Die Probleme der Grundschulen waren sehr unterschiedlich. Die Grundschulen von Schönfeld und Weißig hatten zum Beispiel eher ein Problem mit der schlechten verkehrlichen Anbindung. So müssen sie zum Beispiel die Nachmittagsangebote dauernd unterbrechen, um wieder Kinder zum Bus zu schicken. Die Grundschulen in Leuben

Positiv empfanden alle, dass keine Schließung von Einrichtungen vorgesehen ist

besuchen hingegen eine große Anzahl von Kindern mit Deutsch als Zweitsprache. Diese Schulen wünschen sich eine gleichmäßigere Verteilung der DAZ-Klassen (Deutsch als Zweitsprache) auf alle Grundschulen. Die Schulleitungen können nun noch Einzelgespräche mit dem Amt für Schulen vereinbaren. Der Entwurf wird danach noch einmal überarbeitet und durchläuft dann die Stadtbezirke, die Ortschaften und den Stadtrat.

DIE LINKE hat die Forderungen der Eltern nach mehr Gemeinschaftsschulen aufgenommen und einen Antrag dazu in den Stadtrat eingebracht. Weiterhin fordern wir, dass die geringeren Schülerzahlen genutzt werden, um kleinere Klassen zu bilden, damit Integration besser gelingen kann. *Anja Apel*

Gemeinsam lernen! Damit die Neugier erhalten bleibt

FÜR MEHR GEMEINSCHAFTSSCHULEN

Länger gemeinsam

Der Wunsch vieler Dresdner Eltern nach längerem gemeinsamen Lernen für ihre Kinder kam deutlich in den Anmeldezahlen für das Schuljahr 2023/24 zum Ausdruck, denn diese waren bei den beiden Dresdner Gemeinschaftsschulen besonders hoch. Daher konnten leider nicht alle Kinder berücksichtigt werden.

Der Kreiselternrat forderte darum sechs weitere Gemeinschaftsschulen für Dresden in den nächsten Jahren. Neue Schulstandorte sind zwar eher unwahrscheinlich, aber auch durch eine Schulartänderung können neue Gemeinschaftsschulen gebildet werden. Doppelstandorte (z. B. Oberschule und Gymnasium) bieten diesbezüglich die besten Voraussetzungen.

In einem interfraktionellen Antrag von LINKE und SPD wird der Oberbürgermeister aufgefordert zu prüfen, welche Schulstandorte zu einer Gemeinschaftsschule entwickelt werden könnten. Fußend auf den bisherigen Erfahrungen soll ein dauerhaftes Beratungsangebot seitens der Stadt geschaffen werden. Im Falle zukünftiger Neueinrichtungen von Schulstandorten ist grundsätzlich zu prüfen, ob dieser für die Einrichtung einer Gemeinschaftsschule geeignet ist.

LINKE-Stadträtin Anja Apel sagt: »Wir kommen mit weiteren Gemeinschaftsschulen einem Wunsch vieler Familien nach. Aber ich möchte auch noch einen Perspektivwechsel vornehmen. Als Lehrerin bin ich überzeugt, dass ein längeres gemeinsames Lernen pädagogisch sinnvoll ist, um mehr Chancengerechtigkeit in der Bildung zu erreichen. Nach über zwanzig Jahren Gymnasium und nun 15 Jahren Erfahrung an der Freien Alternativschule, erlebe ich, dass alle Kinder und Jugendliche einen Vorteil vom gemeinsamen Lernen haben.« *Die Redaktion*

ZWANGSARBEITS- UND ENTBINDUNGSLAGER HELLERBERG

Geschichte als Mahnung

In der letzten Ausgabe war zu lesen, dass im März 1943 die Deportation der jüdischen Gefangenen des Lagers Hellerberg nach Auschwitz erfolgte. Für die meisten dieser Jüdinnen und Juden führte der Weg direkt in die Gaskammern. 50 von ihnen arbeiteten noch eine Zeit lang im Konzentrationslager. Nur zehn erlebten die Befreiung von Auschwitz.

Nach der Deportation der jüdischen Ghettobewohner wurde das Lager umgenutzt. Mittlerweile waren im Goehle-Werk ausschließlich Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter eingesetzt. Bei einer Schwangerschaft wurden diese ab 1942 nicht mehr entlassen, sondern vor dem Hintergrund des zunehmenden Mangels an Arbeitskräften gezwungen, ihre Kinder in sogenannten »Kindersammelstätten« abzugeben.

Eine solche stellte das nun auf dem Gelände des ehemaligen Judenlagers eingerichtete Entbindungslager »Kiesgrube« dar. Von Mai 1943 bis zum Kriegsende wurden mindestens 497 Kinder im Lager geboren. Von diesen kamen nachweislich 225 ums Leben. Für viele der übrigen Kinder blieb das weitere Schicksal ungeklärt. Auch hier zeigte sich die ganze Perfidität eines ausbeuterischen Systems, das den Wert eines Menschenlebens von dessen Ausbeutungsfähigkeit abhängig macht.

Am Fuße des Hammerwegs befindet sich nunmehr ein »DenkZeichen«, das über das »Judenlager Hellerberg« aufklärt. Darüber hinaus ist dieser historische Ort Bestandteil des Projektes »Gedenkareal Dresdner Norden«. Geschichte soll so nachvollziehbarer werden und als Mahnung in die Gegenwart wirken. *Margot Gaitzsch*

Gebäude des Goehle-Werks von Zeiss Ikon in Dresden

Blick auf das Prohlis Zentrum

Es tut sich was

Der nun vorgelegte Masterplan für Prohlis umfasst 368 Seiten. Nicht mal was zum schnell überfliegen, aber ein Plan mit Potenzial

Als zentrale Komponenten wurden festgeschrieben: Soziale Durchmischung erhöhen und Zusammenhalt im Stadtteil stärken, Klimaanpassung und Klimaneutralität im Stadtteil vorantreiben, Teilhabe ermöglichen und Bildungschancen im Stadtteil erhöhen.

Eines ist allerdings bemerkenswert: Stadtbezirksamtsleiter Lämmerhirt spricht nun von der Notwendigkeit, auch der sozialen Komponente mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Und er fordert den Erhalt des Quartiersmanagements, um den Schwerpunkt der Quartiergestaltung auf die soziale Entwicklung im Stadtteil zu legen. Bereits jetzt leistet das Quartiersmanagement einen erfolgreichen Beitrag für die Entwicklung der Gemeinwesenarbeit, durch die Initiierung und Zusammenführung von Aktivitäten im Wohngebiet. Aber die Verschärfung sozialer Probleme im Wohnviertel hat das bisher nicht aufhalten können.

Das Konzept beinhaltet im Wesentlichen infrastrukturelle Maßnahmen

An der Umsetzung des Masterplanes und seiner Fortschreibung sollen die Prohliserinnen und Prohliser, Vereine, Schulen und Kitas mittels einer, alle zwei Jahre stattfindenden, Akteurskonferenz mitarbeiten können. Es bleibt aber eine Frage unbeantwortet: Wie bekommen die Bewohnerinnen und Bewohner von Prohlis das nötige Geld in die Tasche, um sich ihr Leben selbst gestalten zu können, um Hoffnung zu schöpfen und neue Perspektiven zu entwickeln.

Diese Menschen, die als Langzeitarbeitslose, Arbeitslose oder sogenannten Aufstocker ihr Leben an oder unter der Armutsgrenze bestreiten müssen, brauchen Unterstützung. 2021 waren 14,6 Prozent der 18- bis 64-Jährigen in Prohlis Lebenden arbeitslos (in der gesamten Stadt waren es 4,8 Prozent). Nach wie vor sind konkrete Maßnahmen notwendig, die Menschen in Arbeit bringen können. Dafür braucht es zum Beispiel koordinierte Maßnahmen der Agentur für Arbeit und des Sozialamtes mit den vor Ort ansässigen Firmen und Institutionen, die Ausbildung und Arbeit anbieten.

Ein entsprechender Ergänzungsantrag ist in Arbeit. Wenngleich das von der Partei DIE LINKE geforderte Grundeinkommen und eine auskömmliche Grundrente die besseren Lösungen wären.

Margot Gaitzsch

ZUKUNFT DES SCHWIMMBADES

Quo vadis Elbamare?

Die Zukunft des Schwimmbades im Dresdner Westen ist ungewiss. Der Mietvertrag zwischen dem Eigentümer und der Landeshauptstadt läuft 2025 aus. Dem Vernehmen nach liegt ein Kaufangebot des Eigentümers vor. Nach Informationen der Bäder GmbH würden Verhandlungen im Hintergrund laufen, alle Varianten würden geprüft. Genau das bereitet vielen Menschen im Dresdner Westen und darüber hinaus Sorgen, denn eine Variante könnte auch die Schließung sein. Vor dem Hintergrund haben nun Bürgerinnen und Bürger des Stadtteils eine Petition gestartet, die den Erhalt des Bades als Schwimmbad zum Ziel hat. Die Petenten schreiben in ihrer Petition: »Will die Stadt das Schwimmbad schließen? Wir sagen: Das darf nicht sein, unser Bad soll offenbleiben. Wir wollen, dass die Stadt Dresden das Schwimmbad kauft.« Stadtrat Tilo Kießling betont: »Als LINKE unterstützen wir die Petition. Es wäre komplett irre, ein Bad zu schließen, während an vielen Stellen der Stadt die Knappheit von Schwimmflächen beklagt wird.« *Die Redaktion*

Elbamare: Weiter schwimmen und nicht untergehen

ISTANBUL-KONVENTION

Eine wirklich gute Grundlage

Das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, auch bekannt als Istanbul-Konvention, ist ein 2011 ausgearbeiteter völkerrechtlicher Vertrag. Der Dresdner Stadtrat hatte im Juni 2020 die Verwaltung damit beauftragt, die Vorgaben der Istanbul-Konvention in der Landeshauptstadt Dresden umzusetzen. Das Sozialamt der Landeshauptstadt Dresden hat nunmehr ein entsprechendes Strategiepapier vorgelegt. Das Thema Gewaltschutz wird hierin geschlechterübergreifend behandelt. Denn Gewaltschutz geht alle an.

LINKE-Stadträtin Pia Barkow meint: »Die vor wenigen Tagen in Sachsen veröffentliche ›Dunkelfeldstudie zur Viktimisierung von Frauen‹ zeigt deutlich, wie weit verbreitet Gewalt gegen Frauen ist. Sexualisierte Gewalt in Form von Zwang zu sexuellen Handlungen erlebten 30 Prozent der Studienteilnehmerinnen.

Die Täter waren fast ausschließlich Männer, der Tatort meist das eigene Wohnumfeld. Das nun vorliegende Strategiepapier der Stadtverwaltung ist eine wirklich gute Grundlage, um die Hilfestrukturen auszubauen und neue Angebote zu schaffen.« *Die Redaktion*

Der Tatort ist meist das eigene Wohnumfeld

ERSTAUSSTATTUNG FÜR SCHWANGERE UND BABYS

Schnellere Hilfen für werdende Eltern

Die Wohnung muss »babytauglich« gemacht werden

Wenn Nachwuchs auf dem Weg ist, verändert sich viel für die werdenden Eltern. Es bedeutet aber auch, dass eine ganze Reihe neuer Dinge angeschafft werden müssen, um die Wohnung »babytauglich« zu machen. Kinderwagen, Babybett und Baby-Stuhl gehören zur Grundausstattung, ebenso wie Kleidung für den Nachwuchs, ein paar Spielsachen und Kuscheltiere. Das alles kostet. Für diejenigen, die mit dem wenigen Geld des Jobcenters über die Runden kommen müssen, sind diese zusätzlichen Ausgaben nicht zu stemmen.

Daher sieht das Sozialgesetzbuch vor, dass für diese Erstausstattung ein extra Betrag ausgezahlt werden muss. Das Verfahren, wie die künftigen Eltern diese Leistung bekommen, war in Dresden ziemlich umständlich. Jeder einzelne Gegenstand musste aufgelistet werden, wurde etwas vergessen, gab es dafür kein Geld. Dabei sind die Dinge, die für Neugeborene angeschafft werden, nahezu immer die gleichen. Wieso also sollen alle bei dem Antrag diese immer gleichen Dinge aufzählen? Viel leichter wäre es doch, wenn bei der Mitteilung einer Schwangerschaft die Leistungsbezieherinnen einen pauschalen Betrag erhalten, mit dem sie all das besorgen können, was sie für ihren Nachwuchs brauchen. Zudem sind die Beträge der einzelnen Gegenstände gedeckelt, die letzte Anpassung erfolgte 2017. Die Inflation und damit einhergehende Preissteigerung wurde also nicht abgedeckt.

Die Ziele unseres Antrages wurden erreicht

Als Fraktion haben wir daher einen Antrag gestellt, dass die Preisgrenzen angehoben werden und dass die Auszahlung in Pauschalen erfolgen soll, damit die aufwändige Beantragung entschlackt wird. Die Verwaltung arbeitete parallel zu der Antragsberatung in den Stadtratsgremien an einer Überarbeitung der Dienstanweisung, welche dem Jobcenter vorgibt, wie die Erstausstattung ausgezahlt werden soll.

Die neue Dienstanweisung ist nun in Kraft getreten und unsere Ziele des Antrages wurden erreicht: Die Beträge sind deutlich angehoben worden und auch die Auflistung der benötigten Gegenstände ist deutlich vereinfacht worden.

Pia Barkow

ERMÄSSIGTES DEUTSCHLANDTICKET

Alle oder keiner

Es gibt schlechtere Erfindungen als das Deutschlandticket – dachte sich in den letzten Wochen auch Oberbürgermeister Hilbert und schlug dem Stadtrat Mitte Mai Deutschlandtickets für alle Angestellten der Verwaltung vor. Aber auch die Stadträtinnen und Stadträte, sollten von der Regelung profitieren und somit in der Stadtratssommerpause deutschlandweit unterwegs sein können.

Bemerkenswert: Um sicherzugehen, dass unter anderem für sie das Deutschlandticket rechtzeitig zu Ferienbeginn nutzbar ist, wurde der Beratungslauf der entsprechenden Vorlage extrem verkürzt.

DIE LINKE meldete Widerspruch an. Für eine Gruppe ist das Deutschlandticket bisher nämlich nicht erhältlich – Nutzerinnen und Nutzer des Dresdner Sozialtickets. Eine Lösung sei in Arbeit, ist aus der Verwaltung zu vernehmen, allerdings nicht zu Ferienbeginn. DIE LINKE brachte darum auf der Ratssitzung im Juni einen Änderungsantrag ein. Darin wird ergänzend gefordert, dass die Nutzerinnen und Nutzer des Dresdner Sozialtickets endlich eine 50%ige Ermäßigung auch auf das Deutschlandticket erhalten. Der Stadtrat stimmte dem Vorschlag zu.

Das hatte offenbar eine beschleunigende Wirkung. Auf der Sitzung am 6. Juli wurde bei der Neufassung der Richtlinie zur Gewährung des Dresden-Passes beschlossen, dass das Sozialticket durch das ermäßigte Deutschland-Ticket abgelöst werden kann.

LINKE-Stadtrat und DVB-Aufsichtsrat Jens Matthis sagt: »Alle oder keiner. Wenn Stadträtinnen und Stadträte, sowie Verwaltungsangestellte im Sommer vergünstigt deutschlandweit unterwegs sein können, warum nicht auch die, die jeden Euro zweimal umdrehen müssen? Der Stadtrat hat entschieden: gleiches Recht für alle. Das ist gut.« *Die Redaktion*

Reisend träumen – für ein ermäßigtes Deutschlandticket

Musik wird störend oft empfunden, weil sie mit Geräusch verbunden

SATZUNG STRASSENKUNST

Der Amtsschimmel wiehert zu laut!

Im Februar 2023 flatterte ein Schreiben von der Landesdirektion der Stadtverwaltung auf den Tisch. Gegenstand des Schreibens: Die Änderung der Satzung der Landeshauptstadt Dresden über die Ausübung von Straßenkunst (Satzung Straßenkunst). Konkret ging es vor allem um die Regelung, dass Straßenmusiker eine Lärmgrenze von 80 dB(A) einzuhalten hätten und extra dafür sollte eine »Mobile Eingreiftruppe« zur Überprüfung der Einhaltung des Grenzwertes gebildet werden.

Was folgt ist eine Fundamentalkritik. Es fehlt schlicht an der gesetzlichen Grundlage für die Lärmgrenze und ein allgemeiner Lärmgrenzwert für Straßenmusik lasse sich auch nicht aus straßenrechtlichen oder aus immissionsschutzrechtlichen Regelungen ableiten. Die Lautstärkebegrenzung verstößt darüber hinaus gegen das Bestimmtheitsgebot. Der Begriff »Lautstärke« wird in der Satzung nämlich nicht ausreichend definiert.

In der Konsequenz ist die Regelung nicht durchsetzbar. Für das Verwaltungspersonal ist nicht erkennbar, was genau wo genau einzuhalten ist. Darüber hinaus ist fraglich, ob das Verwaltungspersonal die Einhaltung vor Ort überhaupt überprüfen kann. Hierzu bedarf es entsprechender Messtechnik.

LINKE-Stadtrat Christopher Colditz meint: »Nach diesen Wirkungstreffern gegen die Lärmgrenze muss die Verwaltung den entsprechenden Passus grundlegend überarbeiten. Ich empfehle eine Lärmgrenze für den Amtsschimmel.« *Die Redaktion*

EINBAHNSTRASSEN FÜR REICK

Für alle sicherer

Es geht eng zu auf einigen Straßen in Reick! Deshalb hat DIE LINKE einen Antrag eingebracht, um prüfen zu lassen, ob eine Einbahnstraßenregelung für die Straßen Morgenleite, Am Lehmhaus, Perronstraße und An den Kalköfen eingeführt werden kann. Die genannten Straßen in Reick sind zum Teil extrem schmal und verfügen nur über sehr schmale Fußwege. Durch am Straßenrand parkende Autos wird die Verkehrssituation noch so verschlimmert, dass PKW nicht mehr ungehindert aneinander vorbeifahren können. Ganz zu schweigen von der Behinderung des Radverkehrs, da die geforderten 1,50 Meter Mindestabstand nicht eingehalten werden können. Hinzu kommt der schlechte bauliche Zustand der Straße. »Um die Verkehrssituation für alle sicherer zu machen, bietet sich eine Einbahnstraßenregelung an« meint LINKE-Stadträtin Dr. Margot Gaitzsch. *Die Redaktion*

An den Kalköfen – eine Einbahnstraßenregelung wäre sinnvoll

DRESDENS »SMART-CITY-STRATEGIE«

Smart und planlos

Daten sind das Öl des 21. Jahrhunderts. Immer wieder wird die smarte Vernetzung der Stadt von Politik und Unternehmen propagiert und als Lösung aller Probleme präsentiert.

Die Vision einer smarten Stadt, die ihren Idealzustand durch automatisierte, intelligente Prozesse erreicht und damit »effizienter, technologisch fortschrittlicher, gesünder, grüner und sozial inklusiver« wird, ist verlockend. Eben dies wird auch in der über 50 Seiten starken Verwaltungsvorlage beworben. Bei näherer Befassung stellt sich zunächst raus, dass es sich nicht um eine tatsächliche Strategie, sondern um neun einzelne Modellprojekte handelt. Dafür werden Fördergelder vom Bund bereitgestellt. Die förderfähigen Gesamtkosten belaufen sich auf knapp 19 Millionen Euro, davon müssen 35 Prozent Eigenmittel (rund 6,6 Millionen) aufgebracht werden. Auf Nachfrage stellte sich auch heraus, dass der Datenschutzbeauftragte bisher nicht in die Vorlage eingebunden wurde.

Das Thema »Smart City« ist zu komplex und zu bedeutsam, als dass man sich planlos und nur mit Blick auf mögliche Fördergelder hineinstürzt. Der Begriff »smart« fungiert als ein Verkaufslabel und wird gerade von großen Digitalkonzernen als Lösung für Städte vermarktet. Doch es muss klar die Frage gestellt werden: Wem gehören die Daten und wer profitiert davon? Die Vorstellung, urbane Räume wie auf einem Smartphone zu steuern, birgt die Gefahr der Privatisierung politischer Prozesse.

Die Stadt wird so zur funktionierenden Maschine, in der aber die Bürgerinnen und Bürger am Ende nicht mehr als ein Anhängsel der digitalen Infrastruktur sind.

Wir brauchen eine übergreifende Gesamtstrategie und eine politische, digitale Agenda, die den Grundstein für eine smarte, gemeinwohlorientierte Kommune legt und damit den tatsächlichen Mehrwert in den Mittelpunkt stellt. Die Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat hat die Vorlage daher abgelehnt. *Katharina Hanser*

Dresden darf nicht zum Spielfeld der Digitalkonzerne werden

VORNE LINKS
Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

Impressum

Herausgeber
DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat
Rathaus, 1. Etage, Zimmer 208
Dr. Külz-Ring 19, 01067 Dresden
www.linke-fraktion-dresden.de

V.i.S.d.P.
Thomas Feske

Kontakt
Telefon: 0351/4882822
fraktion@dielinke-dresden.de

Redaktion
Susann Dietzschold, Thomas Feske, Dr. Dirk Wagner

Autor:innen dieser Ausgabe
Anja Apel, Pia Barkow, Thomas Feske, Margot Gaitzsch, Katharina Hanser, Anja Stephan, Tilo Kießling, Dirk Wagner, Tilo Wirtz, André Schollbach

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor.

Bildnachweise
DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat / AdobeStock (1); sr_verde / pixabay (2); kalhh / pixabay (2); Markus_KF / pixabay (3); photosforyou / pixabay (3); DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat (3); ElasticComputeFarm / pixabay (4); Christian Gebhardt / wikimedia commons (4); svklimkin / pixabay (5); Skitterphoto / pixabay (5); eLaba / pixabay (6); Paulea / wikimedia commons (6); Jörg Blobelt / wikimedia commons (6); shlomaster / pixabay (7); ErikaWittlieb / pixabay (7); DanaTentis / pixabay (7); Margot Gaitzsch (8); Surprising_Shots / pixabay (8); geralt / pixabay (8)

Redaktionsschluss
4. Juli 2023

Druck
LR Druckerei GmbH

Auflage
Die Papierausgabe wird in einer Auflage von 3000 Exemplaren gedruckt.

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat